## **ZBB 2001, 377**

## EGV Art. 249 Abs. 4; Kommission 2000/392/EG Art. 3

Keine ausreichenden Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland zur Rückerlangung von der WestLB rechtswidrig gewährter Beihilfen ("Kommission der Europäischen Gemeinschaften/Bundesrepublik Deutschland")

ZBB 2001, 378

EuGH GA, Schlussanträge v. 20.09.2001 - Rs C-209/00 (Generalanwalt Antonio Tizzano), ZIP 2001, 1759

## Vorschlag des Generalanwalts:

- 1. Die Bundesrepublik Deutschland hat dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus Art. 249 Abs. 4 EG und aus Art. 3 der Entscheidung 2000/392/EG der Kommission vom 8. 7. 1999 über eine von der Bundesrepublik Deutschland zugunsten der Westdeutschen Landesbank Girozentrale durchgeführte Maßnahme verstoßen, dass sie dieser Entscheidung nicht nachgekommen ist.
- 2. Die Bundesrepublik Deutschland trägt die Kosten des Verfahrens.